

Der Abend
21. XI. 1917

Adh

Bedrohlicher Ernährungszustand.

Gestern wurde verlautbart, daß von heute an die Kartoffelzuweisung in Wien um ein halbes Kilogramm für den Kopf und die Woche erhöht werden soll, so daß sie bis auf weiteres eineinhalb Kilogramm beträgt. Um diese große Tat ins richtige Licht zu setzen, hätte man hinzufügen müssen, wie groß die Wochenmenge in Deutschland ist. Sie beträgt dort — $3\frac{1}{2}$ Kilogramm, also mehr als das Doppelte, und mehr als das Dreifache der bisher in Wien ausgegebenen Menge. Warum die deutschen Verwaltungsbehörden imstande sind, mehr Kartoffeln aufzubringen, ist nicht schwer zu sagen. Nicht weil dort im Verhältnis zur Kopfzahl mehr Erdäpfel gediehen wären, sondern deshalb, weil die städtische Bevölkerung die Erdäpfel in Deutschland billiger bekommt als bei uns, wo der Herr Ministerpräsident den Grundbesitzern ihre Ware mit dem Sechshundert-Aufschlag glauben zu lassen, mit anderen Worten, deshalb, weil die Zwangsbewirtschaftung in Deutschland nicht wie bei uns ein leerer Voratz und ein leeres Wort, sondern Tatsache ist und der ernste staatliche Eingriff vor dem Großgrundbesitzer nicht Halt macht.

Noch beschämender und empörender als dieses Verlangen einer Angelegenheit, die ein ebenso großes Volkswie Kriessinteresse bedeutet, ist es, daß der Ernährungsdienst Seidler in der Erdäpfelversorgung zwei Klassen von Staatsbürgern geschaffen hat. Die erste, privilegierte Klasse besteht aus denen, die im November 80 Kilogramm für den Kopf und das Wirtschaftsjahr beim ländlichen Erzeuger beziehen dürfen. Da das Erdäpfel-Wirtschaftsjahr im Juni schließt, so entfallen auf den Kopf und Monat zehn Kilogramm, auf die Woche zweieinhalb Kilogramm. Das ist aber nicht alles. Im März wird der Kartoffelverkehr frei und jeder, der über eine Beziehung und Geld verfügt, darf Erdäpfel einkaufen, so viel er nur will. Wer also eine ländliche Bezugsquelle weiß, kann getrost, seine 80 Kilogramm bis Ende März verzehren. Das gibt vier Kilogramm für den Kopf und Woche. Diesen Bevorrechteten stehen die Staatsbürger niederer Ordnung mit eineinhalb Kilogramm wöchentlich gegenüber, über deren Ernährungszustand zu sagen wäre, daß sie in der vergangenen Woche weder Milch noch Obst noch Gemüse bekamen, daß für die Mindestbemittelten unter ihnen auch das billige Fleisch entfiel und daß sie am gestrigen Sonntag, wie an jedem Sonntag nach einer Woche mit schwachen Märkten ohne Brot und Mehl dastanden.

Die Sorge, wie es im bevorstehenden Winter diesen Staatsbürgern letzten Ranges gehen wird, lastet schwer auf jeden, der an solchen Fragen nicht gewissenlos vorbeigehen kann. Es ist nämlich unserer Meinung nach durchaus nicht sicher, ob der Magistrat in der Lage sein wird, bis Ende März, d. h. bis zum Eintreten warmen Wetters und damit neuer Beförderungsmöglichkeiten, bei der Kopfmenge von eineinhalb Kilogramm wöchentlich zu bleiben. Wir wissen vom Sommer her, daß die Gemeinde sich insgesamt 6000 Waggons Erdäpfel durch Lieferungsverträge gesichert hat. Im August ist diese Menge von uns als zu klein bezeichnet worden. Von diesen 6000 Waggons sollen bisher 4500 eingetroffen sein. Angenommen, daß bis Ende November die restlichen 1500 Waggons anrollen (weitere Beförderungen dürften wegen der zu erwartenden Fröste unnötig sein), so wird der ganze Gemeindevorrat bis Ende März gerade die abgeschlossenen 6000 Waggons betragen. Davon dürften bis zum 15. November zwölf Millionen Kilogramm, gleich 1200 Waggons, abgegeben worden sein, so daß für die übrigen Wochen bis Ende März 4800 Waggons verbleiben. Das gibt für die 18 Wochen bis Ende März 24 Kilogramm für den Kopf. 27 Kilogramm wären aber nötig, um die jetzt ausgeschriebene Wochenmenge von eineinhalb Kilogramm einhalten zu können. Dabei ist vorausgesetzt, daß bei der Einlagerung nichts verdirbt, und daß nichts verdorben ankommt.

Aus dieser Berechnung geht hervor, daß Bürgermeister und Magistrat weniger durch den guten Stand ihrer Vorräte als durch die schlechte Beschickung der Märkte in der letzten Zeit sich veranlaßt gesehen haben dürften, die wöchentliche Kopfmenge der Kartoffeln zu erhöhen. Das ist gewiß sehr richtig gehandhabt, erhöht aber nicht der Sorge um die Zukunft. Die Verwaltung der Stadt Wien ist in diesen Dingen so ziemlich ohnmächtig. Sie verfügt nicht über ein Beschlagnahmerecht und durch Lieferungsverträge läßt sich nicht alles herbeischaffen. Die Regierung, vor allem das Ernährungsamt, werden sehr bald eingreifen müssen, weil die Wiener Bevölkerung sonst in einen Ernährungszustand gerät, dessen Folgen einige Abgeordnete bei der Beurteilung der Zustände im Erzgebirge dargelegt haben. z.